

BERLIN

Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum III)

Liebe Leserinnen und Leser!

Die Bedeutung, die die Bundesregierung der Debatte mit dem Thema „Investitionen für eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur“ und „Mobilität für die Zukunft“ beimisst, ist schon daran zu erkennen, dass außer dem Verkehrsminister, der die Regierungserklärung abgegeben hat, kein anderer Minister im Plenum anwesend war!

Bundesminister Bodewig sprach über die Notwendigkeit von Investitionen. Er hat versucht, darüber hinwegzutäuschen, dass eigentlich das entscheidende Papier, die grundlegende Konzeption, die alle erwartet haben, nämlich der Bundesverkehrswegeplan, nicht vorliegt.

Deutschland benötigt Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur.

Die offiziell ab 01.01.2003 zu erhebende Lkw-Maut soll zur Infrastrukturfinanzierung des Verkehrs gebraucht werden. Deutlich geworden ist jedoch, dass der überwiegende Teil der Einnahmen aus der Maut in die Sanierung des Haushalts von Herrn Eichel und nicht in die direkte Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur fließt. (mehr dazu Seite 3)

IFE

Ingrid Fischbach

In dieser Ausgabe

Eichels Haushalt	...S.2
PISA-E	...S.3
Investitionsprogramm Straße auf Sand gebaut	...S.3
Berufsbildungsbericht 2002	...S.4
Renten-Chaos in Zitaten	...S.5
Familie I: Die ersten SPD- Wahlkampfversprechen werden bereits wieder einkassiert	...S.6
Familie II	...S.6
Familie III: SPD blockt Grüne ab	...S.6



Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074

Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

Eichels Haushalt



▶▶ Hans Eichels Haushaltsentwurf für das Jahr 2003 ist nicht realistisch, nicht einmal optimistisch, sondern illusionär:

- Das Fundament stimmt nicht, denn bei Fortsetzung rot-grüner Politik ist das Wirtschaftswachstum mit 2,5 % deutlich zu hoch und die Arbeitslosigkeit mit 3,82 Mio. wesentlich zu niedrig angesetzt. Eine zu hohe Beschäftigungsschwelle, Streiks und hohe Lohnabschlüsse belasten zusätzlich.

Die Bundesregierung hat sich bei Wachstum, Arbeitslosigkeit und Defizitquote in den letzten drei Haushalten immer geirrt. Warum sollten die Prognosen im Wahljahr auf einmal richtig sein ?

- Die Planungsreserve ließ man entfallen - die Methode Riester macht sich auch im Haushalt breit. Mit Umschuldungsmaßnahmen wird auf niedrige Kurzfristzinsen spekuliert - und das zu Beginn eines neuen Konjunkturzyklus !
- Der Haushalt ist qualitativ minderwertig. Die Investitionsquote verbleibt auf historisch niedrigem Niveau, der Rentenzuschuss steigt weiter an und übertrifft bei weitem die Zusatzeinnahmen aus der nächsten Ökosteuerstufe. Die Einnahmeseite ist wegen der verunglückten Steuerreform in hohem Maße krisenanfällig.

Die Wahrheit lautet deshalb: Deutschland weist mit 2,8 % Gesamtstaatsdefizit die höchste Neuverschuldung in der EU auf. Einer der letzten Plätze ist von der EU-Kommission auch für das kommende Jahr prognostiziert.

Das Ziel, bis zum Jahr 2004 den Haushalt nahezu auszugleichen, liegt in weiter Ferne. **Dieser Haushalt ist ein Sommerferien-Haushalt. Er wird den 22. September nicht überleben.** ◀◀

PISA-E

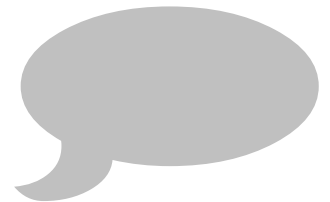


▶▶ Die Sonne bringt es an den Tag, was doch alle seit Jahren ahnen. Unionsgeführte Landesregierungen betreiben die bessere Schulpolitik. Wir haben nicht jahrzehntelang gegen die sozialdemokratischen Bildungsideologen gekämpft, um nun in der Bewertung der Ergebnisse den Mantel des Konsenses darüber auszubreiten. Es gilt vielmehr, die Interpretationshoheit nicht an bereits eifrig umfrisierende SPD-Minister zu verlieren:

- Es ist nicht wahr, dass ganz Deutschland am Abgrund steht. Wären die süddeutschen Leistungen Standard, läge Deutschland im vorderen Drittel der OECD.
- Der innerdeutsche Abstand bei gleichaltrigen Schülern beträgt bis zu anderthalb Schuljahren - das ist vergeudete Lebenszeit vieler Generationen von Kindern.
- Es ist sehr wohl möglich, hohe gymnasiale Leistungen mit hoher Abiturquote zu verbinden, Baden-Württemberg macht es vor. Wo SPD-Länder wie Schleswig-Holstein ausnahmsweise bei gymnasialen Vergleichen gut platziert sind, da liegt deren Abiturquote nicht wesentlich höher als in Bayern.
- Die größte Überraschung: Die soziale Selektion ist bei der angeblich sozialen SPD-Bildungspolitik höher, nicht niedriger als bei der leistungsorientierten Unions-Alternative. **Das Migrantenkid in Bayern kann besser lesen als der Durchschnitts-Schüler in NRW!** ◀◀

Investitionsprogramm Straße auf Sand gebaut

▶▶ Die Regierungserklärung durch den Verkehrsminister kann nicht verdecken, dass das im vergangenen Herbst vorgelegte „Investitionsprogramm Straße“ ebenso wie das



Spruch der Woche

"Das ist keine Münchner Biergartenkultur, das ist die Unkultur einer Stoiber-Jugend."

Christian Uhde,
Münchens
Oberbürgermeister über
Biergartengäste in
München, die
Bundeskanzler Gerhard
Schröder ausgebuht
hatten.

„Infrastrukturprogramm 1999-2002“ oder das „Anti-Stau-Programm 2000“ von Anfang an auf Sand gebaut war:



- Neue Finanzmittel für den Fernstraßenbau stehen nicht zur Verfügung. Wieder einmal wurden lediglich Umschichtungen mit noch nicht vorhandenen Einnahmen (LKW-Maut) zusammengeworfen.
- Die ideologische Bevorzugung der Bahn hat sich als Sackgasse erwiesen. Finanzmittel für den Schienenbau wurden gar nicht abgerufen und werden jetzt ohne konkrete Prioritätensetzung doch wieder dem Straßenbau zugeschlagen.

Die Union fordert Systematik und Nachhaltigkeit in der Verkehrsplanung. Wir wollen den Anteil der Investitionen im Bundeshaushalt wieder erhöhen und den Investitionsstau im Verkehrsbereich beseitigen. Die im Bau befindlichen Maßnahmen müssen zügig fortgeführt, die baureifen Maßnahmen schnellstmöglich begonnen und die übrigen Projekte des vordringlichen Bedarfs zeitgerecht realisiert werden. <<<

Berufsbildungsbericht 2002

▶▶ In der Debatte über den Berufsbildungsbericht 2002 ging es um die unbefriedigende Lehrstellensituation:

- Trotz JUMP-Programm konstatiert die BA: *„Bundesweit nimmt die Anspannung am Ausbildungsstellenmarkt zu. [...] Von Oktober 2001 bis Mai 2002 sind den Arbeitsämtern insgesamt 485.600 Ausbildungsstellen gemeldet worden, 30.000 oder 6 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum.“*
- Im Mai waren 453.000 Jugendliche unter 25 Jahren arbeitslos; das sind 61.000 oder 15,6% mehr als im

Vorjahresmonat. Fazit: Milliardenprogramme schaffen weder Arbeits- noch Ausbildungsplätze.

- **Stattdessen fordern wir:** Das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen, vor allem in den neuen Ländern, muss deutlich erhöht werden. Steuermittel sollten vorrangig in Lohnkosten- und Ausbildungszuschüsse fließen anstatt in staatliche Ausbildungszentren und betriebsferne Ausbildungswarteschleifen.
- Um dem vorhandenen Fachkräftemangel in vielen Branchen vorzubeugen, müssen die Berufsausbildungsgänge praxisnäher gestaltet und – wo sinnvoll – verkürzt werden. **Die Reform des Berufsbildungsgesetzes ist überfällig.** ◀◀



Renten-Chaos in Zitaten

▶▶ | „Die 19,1 Prozent, die wir jetzt haben, werden stabil bleiben.“

Franz Müntefering am 13.6.2002 (zitiert nach Berliner Zeitung 14.6.2002)

„Rentenbeiträge bleiben stabil.“

SPD-Anzeige (Frankfurter Rundschau 18.6.2002)

„Die Bundesregierung rechnet doch mit höheren Rentenbeiträgen“

(Berliner Zeitung 18.6.2002)

„Bundesregierung kann Rentenbeitrag nicht stabil halten“

(Die Welt 19.6.2002)

„Renten-Wut: Wofür zahlen wir eigentlich Öko-Steuer?“

(Bild-Zeitung 20.6.2002) ◀◀



Wussten Sie schon,

... dass 950 Millionen Raubkopien von Musik-CDs im Wert von 4,6 Milliarden Euro im Jahr 2001 weltweit verkauft wurden? Gegenüber dem Vorjahr ist das eine Zunahme um fast 50 Prozent. Allein in Deutschland wurden 50 Millionen Piraten-CDs gehandelt.

Familie I:

Die ersten SPD-Wahlkampfversprechen werden bereits wieder einkassiert



►► Im Wahlprogramm wird noch versprochen, das Kindergeld von jetzt 154 Euro „mittelfristig“ auf 200 Euro anzuheben. In der „Mittelfristigen Finanzplanung“ des Bundes bis 2006, die das Schröder-Kabinett in der vergangenen Woche verabschiedet hat, sind dafür jedoch **keinerlei Mittel** vorgesehen.

(Quelle: Berliner Zeitung 20.6.2002) ◀◀

Familie II:

►► Bei der Umsetzung des BVerfG-Urteils wegen zu geringer steuerlicher Entlastung der Familien hat das BMF entgegen der klaren Urteilsvorgaben die Erstattungssummen in vielen Fällen zu niedrig angesetzt. Nach außen werden also die Wohltaten gepriesen, dort, wo niemand genau hinschaut, werden sie wieder eingesammelt. ◀◀



... das Allerletzte!

Eigentlich sollten die Geldscheine der DDR in einem Stollen bei Halberstadt verrotten. Doch das Papiergeld, 370 Tonnen im Wert von 100 Milliarden alter Ost-Mark, ist robuster als erwartet. Darum werden die Scheine in einem Braunkohlekraftwerk im niedersächsischen Buschhaus verbrannt. Zuvor hatten vor allem die druckfrischen 200- und 500- Mark-Scheine Diebe angelockt. Bei der Verbrennung erweist das Geld einen letzten Dienst: Die Wärme wird zur Gewinnung von Strom genutzt.

Familie III:

SPD blockt Grüne ab

►► Erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten sollten nach dem Willen der Grünen von der Besteuerung ausgenommen werden; und zwar ab dem ersten Euro. Jetzt macht sich Enttäuschung breit.

Christine Scheel, die Finanzexpertin der Grünen-Fraktion, räumt ein: „Das hat sich für diese Legislaturperiode erledigt.“ Schuld sei die SPD. „Die haben uns glatt abgeblockt“, heißt es bei den Grünen.

(Quelle: Die Welt 19.6.2002) ◀◀